

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O, Müldersdorfer Str. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.
Postfach-Konto der Hauptkassa 9367 Berlin.

Schrijtleitung:

Berlin O, Müldersdorfer Straße 60.

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 Mk. (ohne Postgebühren), bei Zusendung unter Kreuzband 1,70 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die vierspaltige Petitzeile 40 Pfg.

Nummer 35.

Berlin, den 27. August 1911.

12. Jahrgang.

Lehrreiche Einblicke.

Vor einigen Wochen ereignete sich in einer Berliner Druckerei ein offener Tarifbruch der Maschinenmeister. Weil ihnen eine ordnungsmäßig zustande gekommene Entscheidung des Tarifamts nicht passte, verweigerten sie die Arbeit, und versuchten damit etwas anderes, ihnen genehmeres, zu erzwingen. Das Personal einer anderen Druckerei, die mit der ersten in enger geschäftlicher Beziehung steht, erklärte sich solidarisch insoweit, als es die verweigerte Arbeit auszuführen ebenfalls ablehnte. Nun erklärten sich wiederum beide Firmen solidarisch, und konnten die in ihrem Verlag erscheinenden Zeitungen, die eine Auflage von einigen hunderttausend umfassen, nicht erscheinen.

Ueber den sachlichen Inhalt der Tarifentscheidung (sie drehte sich in der Hauptsache um die Arbeitszeit, gestattete auch der Firma, zwei Vertrauensmänner der Organisation, die nicht korrekt im Sinne des Tarifs gehandelt haben sollten, zu entlassen, was diese auch tat) kann man verschiedener Meinung sein. Sie hat, offen gestanden, auch uns nicht gefallen. Aber darum hatten die Maschinenmeister kein Recht, die Arbeit zu verweigern, sie dürften nur auf legale Wege, wie ihn der Tarif vorschreibt, eine Aenderung anstreben. Sie wählten das erstere, und darum der Tarifbruch.

Für den sozialdemokratischen Buchdruckerverband war das keine angenehme Situation. Der Ruf seiner Tarif-treue stand auf dem Spiel. Es handelte sich ferner um einen sehr gefährlichen Präzedenzfall. Im Hinblick auf die bevorstehenden Verhandlungen über die Erneuerung des Buchdrucker-tarifs von besonderer Bedeutung. Gegenüber dem inneren Mißbehagen seiner Mitglieder mit dem Tarifamtsentscheid, der den Konflikt veranlaßte, galt es um eine starke Probe auf die Verbandsdisziplin. Dazu traten außerhalb liegende, aber nicht minder wichtige Momente: die sozialdemokratische Erziehung seiner Mitglieder, insbesondere der radikale sozialdemokratische Flügel und die diesem dienende Parteipresse.

Der Vorstand des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes griff scharf zu. Die Streikenden, die der Aufforderung zur Arbeitsaufnahme nicht nachkamen, wurden kurzerhand ausgeschlossen. Eine Gauleiterkonferenz erklärte in einer Resolution die Maßnahmen des Hauptvorstandes für gut. Den im Lande sich ankündigenden Protest gegen seine Maßnahmen erklärte er mit der Androhung unannäherlicher Ausschlußes. Der Aufforderung, sein Amt niederzulegen, konnte er nicht nachkommen, da er von der Generalversammlung des Verbandes für die Zeit bis zur nächsten ordentlichen Generalversammlung mit der Wahrung des Verbandes nach allen Richtungen hin betraut worden sei.

Warum diese äußerst scharfen und auffälligen Maßnahmen? Mögen sie immerhin von den bevorstehenden Tarifverhandlungen beeinflusst worden sein, so war sich der Vorstand des Buchdruckerverbandes jedenfalls klar darüber, daß es hier einen Angriff auf die Tarifgemeinschaft überhaupt abzuwehren galt. Er ist sich bewußt, daß in seinen eigenen Reihen viele Feinde des heutigen streifen-Tarifverhältnisses sich befinden, daß diese, soweit sie nicht selbst in radikal sozialdemokratischen Ansichten wurzeln, aus diesen Kreisen jederzeit Hilfe zu erwarten haben. Letzteren paßt nun einmal eine solide, ordnungstiftende Tarifpolitik durchaus nicht. Sie vermuten richtig, daß darunter die Kräfte des Klassenkampfes erlahmen. Päpste Fesseln sind ihnen die Tarifverträge; sie könnten den drohenden, revolutionären Massensturm der Arbeiterbataillone hindern. Darum: „Zum Teufel mit den Tarifverträgen“, wie die „Leipziger Volkszeitung“ einst ausrief. Geordnete und sichere Verhältnisse sind noch immer von der Sozialdemokratie scheel betrachtet und ungeschicklich gemißachtet worden, weil eben auf ihrem Boden das Parteiinteresse nur kärglich gedeiht.

Das Interesse des Buchdruckerverbandes läuft naturgemäß in anderer Richtung. Ueberhaupt aller Gewerkschaften. Und wie, dafür gibt die Broschüre der Generalkommission der „freien“ Gewerkschaften gegen Kaufhül über Schiphisarbeit (vergebliche Arbeit) einen Anhalt. Der Buchdruckerverband muß, nimmt er es ehrlich mit seiner Mission, strikte Disziplin von seinen Mitgliedern fordern. Er muß sich von gewagten Sprüngen, die vielleicht dem roten Parteiinteresse dienen, dem gewerkschaftlichen dagegen schaden, fernhalten. Will er die wirtschaftliche Lage, das moralische und gesellschaftliche Ansehen seiner Mitglieder haben, welches letzten Endes der Zweck aller gewerkschaftlichen Organisationen ist, kann er das nur durch eine stetige und konsequente Tarifpolitik. Da dazu auch der Gegenpart, der Arbeitgeber, gehört, ist Voraussetzung, daß beide Teile sich als absolut verträglich erweisen. Jede gewerkschaftliche Organisation hat aber auch mit den jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnissen, mit den Arbeitgeberorganisationen und ihrer eigenen Leistungsfähigkeit

zu rechnen. Darum ist unbedingte Selbständigkeit, Korrektheit in der Vertragsauffassung und deren Einhaltung die Voraussetzung zur wirksamen Interessenvertretung der angeschlossenen Mitglieder. Da der Vorstand des Buchdruckerverbandes diese von innen wie von außen, wenigstens in der Tariffrage, als bedroht ansehen mußte, darum seine Haltung, wie wir sie vor uns sehen.

Wie wir bereits andeuteten, hat das Vorgehen des Buchdruckerverbandes in den eigenen Reihen scharfen Widerspruch erfahren. Dieser kommt in der Hauptsache aus jenen Kreisen, denen die Tarifpolitik nicht paßt, namentlich von radikal-sozialdemokratischen Parteigängern. Schließlich auch von solchen die, sich von falsch verstandenem Solidaritätsgefühl mit den Ausgeschlossenen treiben lassen. Resolutionen für und gegen den Hauptvorstand wurden gefaßt. Bemerkenswert ist eine von über 6000 Buchdruckern besuchte Versammlung in der Neuen Welt zu Berlin, die sich in besonders leidenschaftlichen Bahnen bewegte. Die Resolution der Gauleiter zugunsten des Hauptvorstandes wurde verworfen und ein Tadelvotum angenommen. Inzwischen ist es ruhiger geworden, aber es glimmt unter der Decke. Es bedarf nur eines Funken, um das Feuer desto schärfer auszubrennen zu lassen. Vielleicht hält der Sturm zurück bis nach der Tarifrevision, kann auch während derselben zum Ausbruch kommen, wenn nicht das erreicht wird, was man erhofft. Insofern kann der Zwischenfall von Bedeutung für die Tarifrevision sein. Der See raft und will sein Opfer haben. Die Gründe dafür: Massenkampf und rote Parteihetze.

Eigenartig war die Haltung der sozialdemokratischen Parteipresse. In ihrem geschraubten Ton merkte man die unbehagliche Stimmung über den peinlichen Vorfall, dessen Erledigung gar nicht so im Sinne sozialdemokratischer Politik lag. Mit einem nassen und einem trockenen Auge, von denen das nasse noch eine Selbstbinde trug, verurteilte der „Vorwärts“ den Tarifbruch der Maschinenmeister, redete aber dann von „schöner, edeler Solidarität“. Andere rote Parteiblätter schlugen auf den Buchdruckerverband und drängten, und ergriffen für die Tarifuntreue offene Partei. Der „Korrespondent“, das Organ des Buchdruckerverbandes, mußte sich in entchiedenster Weise wehren, und schlug sehr verwegene Töne gegen die rote Presse an. Auf einmal wurde es ruhig. Und nun folgt das ebenso interessante wie höchst lehrreiche Endspiel.

Die „Zittauer Morgenzeitung“ veröffentlicht in ihrer Nummer vom 13. August folgenden **Scheimerlaß** des sozialdemokratischen Parteivorstandes:

„Nicht veröffentlichten:

Berlin, den 8. August 1911.

An die Redaktionen der sozialdemokratischen Presse!

Werte Genossen!

Die Generalkommission der Gewerkschaften hatte die Absicht, wegen der Beschwerden des Buchdruckerverbandes über einen Teil der Parteipresse in „Korrespondenzblatt der Gewerkschaften“ die beiliegende Erklärung zu veröffentlichen.

Da diese Erklärung im Sinne der Mannheimer Resolution die Interessen von Partei und Gewerkschaften berührt, hat die Generalkommission uns hieron vorher verständigt.

Da uns in der gegenwärtigen politischen Situation eine öffentliche Diskussion dieser Beschwerden den Interessen der Arbeiterbewegung nicht förderlich erscheint, haben wir die Generalkommission der Gewerkschaften ersucht, von der Veröffentlichung dieser Erklärung abzusehen und uns erboten, die Parteipresse durch Zirkular von der beabsichtigten Erklärung in Kenntnis zu setzen.

Wir haben der Generalkommission der Gewerkschaften gleichzeitig erklärt, daß wir ihre Beschwerde über die gehässige Schreibweise der angezogenen Parteiblätter für durchaus berechtigt halten. Eine solche Kampfesweise widerspricht nicht nur den Grundsätzen der Mannheimer Resolution, sondern steht auch in schroffem Widerspruch zu dem Jenaer Parteitagbeschlusse über die Pressefreiheit, in dem der Parteitag gegen eine gehässige, persönlich verteilende Art der Diskussion Einspruch erhebt und es weiter heißt:

„Der Parteitag erklärt deshalb mit allem Nachdruck, daß dieser Art der Diskussion ein Ziel zu setzen ist, daß aber selbstverständlich der sachlichen Kritik der weiteste Spielraum gelassen werden muß.“

Wir eruchen die Redaktionen der Parteipresse, die Jenaer Resolutionen bei Polemiken zu beachten.

Mit Parteigrüß!

Der Parteivorstand.

Die Erklärung der Generalkommission, die diese aus gewerkschaftlichem Interesse zu veröffentlichen gedachte, aus Liebe zu den sozialdemokratischen Parteiinteressen aber niederdrückte hat folgenden Wortlaut:

„Erklärung der Generalkommission.

Die Vorkommnisse im Berliner Buchdruckergewerbe und die daraus entstandenen Differenzen im Verbande der Deutschen Buchdrucker haben in den letzten Wochen die Parteipresse allgemein beschäftigt. Dabei haben einige Parteiblätter eine Haltung eingenommen, die im schärfsten Gegensatz zu den Bestimmungen steht, die ein friedliches Nebeneinanderarbeiten von Partei und Gewerkschaften fördern sollen.

Einige Beispiele mögen hier angeführt werden.

Die „Freie Presse“ in Elberfeld schreibt: „Wenn die Gauleiter und der Vorstand aber glauben, daß sie mit dieser Resolution den Frieden im Buchdruckergewerbe wie im Verbands wieder herstellen würden, so irren sie sich gewaltig. Denn bereits gestern abend nahm eine Delegiertenversammlung der Berliner Buchdrucker Stellung zu der Frage. Im übrigen ist der dicknäsige Ton, in dem die unbehagliche Kritik der Arbeiterpresse an dem Tarifamtsurteile abgetan wird, sehr charakteristisch. Ein derartiges Schindluder Spiel, wie es die Buchdruckerverbände überhoben mit den Arbeiterinteressen getrieben haben, zu brandmarken, wird nach wie vor die Aufgabe der Arbeiterpresse sein, ganz gleich, ob es den Tariffanatiker recht ist oder nicht. Um so mehr, als der „Korrespondent“ über die Berliner Versammlung, die sich fast einstimmig gegen das Tarifamtsurteil richtete, nichts berichtet hat und die Öffentlichkeit von einer dem Tarifamt entgegengeetzten Ansicht überhaupt nur durch die Arbeiterpresse erfahren konnte.“

Das Solinger Parteiblatt schreibt: „Der Beschluß der Gauleiterkonferenz wird in der ganzen freiorganisierten Arbeitererschaft lebhaftes Befremden und scharfe Verurteilung hervorrufen. Die Sprache dieses Beschlusses amiet den Geist eines unerträglichen Bureaukratenabsolutismus, der jede solidarische Handlung der Mitglieder als Verbrechen brandmarkt und mit dem toten Buchstaben einen blinden Fettersultus treibt. Das ist nicht die Sprache einer selbstbewußten, freien und demokratisch verwalteten Arbeiterorganisation, die auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes steht, sondern die Sprache einer gelben Streikbrecherorganisation, die sich als Schutztruppe des Unternehmers fühlt. Es ist nicht anzunehmen, daß die Mehrheit unter den Mitgliedern des Buchdruckerverbandes diesen Beschluß billigt, so daß der Verband gerade in der Zeit, in der er vor einer neuen Tarifrevision steht, eine schwere innere Krise durchzumachen haben wird, dank dem Unverständnis seiner führenden Elemente.“

Neben diesen Schimpfereien konnte man in einzelnen Parteiorganen eine andere, in der äußeren Form anscheinend sachliche Taktik beobachten, deren Tendenz jedoch keine andere war. Als Beispiel führen wir folgende Auslassung der „Erfener Arbeiterzeitung“ an:

„Disziplin und Vertragsstrenge sind notwendige Charaktereigenschaften für jeden gewerkschaftlich organisierten Arbeiter; nichtstoweniger sind aber gewerkschaftler nie zu unbesiegender solbatiicher Disziplin zu erziehen, und die Vertragsstrenge findet ihre natürlichen Widerstände in der Berufs-solbatiarität, wo die kollegialen Interessen der Arbeiter in Gefahr geraten.“

Das Erfener Parteiblatt hätte alle Ursache, in diesem Falle Zurückhaltung zu üben, da es wissen mußte, daß im eigenen Vertriebe ähnliche Vorkommnisse wie in Berlin zu beklagen waren, die zur Anrufung des Tarifamtes führten.

Die Generalkommission erhebt gegen diese Behandlung einer ihr angeschlossenen Organisation entschiedenen Protest; sie wird genötigt sein, wenn die hier gekennzeichnete Kritik in einem Teil der Parteipresse fortgesetzt wird, diejenige Zurückhaltung in der Antwort auf dieses Verhalten aufzugeben, die ihr bisher zur Aufrechterhaltung eines friedlichen Verhältnisses geboten erschien. Es kann nicht Aufgabe der Parteipresse sein, zur Verhärterung der inneren Gewerkschaften entgegengesetzten Differenzen beizutragen. Die Generalkommission erwartet von der Parteipresse, daß sie auch dem Buchdruckerverbande gegenüber die Haltung einnimmt, die dem Frieden in der Arbeiterbewegung dient und sich aus den Beschlüssen des Mannheimer Parteitages ergibt, wonach Partei und Gewerkschaften

in ihren Kämpfen auf gegenseitige Verständigung und Zusammenwirken angewiesen“ sind.

Im vorliegenden Falle hätte die Parteipresse aus dem neutralen Verhalten des Dresdener Gewerkschaftskongresses ersehen können, daß es sich hier um Streitfragen handelt, deren Beurteilung selbst die in der praktischen Gewerkschaftsarbeit stehenden Kongreßteilnehmer zunächst den Instanzen des Buchdruckerverbandes überließen. Das hätte die Parteipresse um so mehr berücksichtigen müssen, als die Buchdrucker vor einer Tarifrevision stehen. Wenn Parteiorgane in solcher Situation innere Zwistigkeiten scharfieren, so kann das nur die Position der Arbeiter bei den Tarifverhandlungen schwächen. Die Generalkommission hält sich für verpflichtet, der gewerkschaftlich organisierten Arbeitererschaft zunächst zu zeigen, wie ein Teil der Parteipresse den Mannheimer Beschluß zur Ausführung zu bringen für gut hält. Sie wird nicht Abstand nehmen, in der Folge auf solche Auslassungen die Antwort zu geben, die solchen Anrempelungen gebührt.

Das ist der unruhlmliche Schlußsatz gegenüber einer den Scharfmachern und Tariffeinden erwünschten Nebenregierung der „freien“ Gewerkschaften. Die Generalkommission machte die Ungelegenheit des Buchdruckerverbandes zu einer solchen aller sozialdemokratischen Gewerkschaften. Sie tat dies in der Überzeugung, gegen ein derartiges arbeiterschädigendes Treiben Front machen zu müssen. Aber dann nicht die sie zusammen. Weil wir vor den Reichstagswahlen stehen und das politische Interesse der Sozialdemokratie leiden könnte, mußten die gewerkschaftlichen Interessen geopfert werden. Keine öffentliche Kritik der „Schimpfereien“ der radikalen Parteipresse, noch viel weniger einen endgültigen Schnitt mit diesen Arbeiterschädigern. Dabei waren diese Angriffe nur ein einziges Glied in einer endlos langen Kette. Und so neues Wasser auf die Mühlen der Scharfmacher und Arbeiterfeinde. So sind wieder ein-

Bauarbeiterverbände gleicher Richtung vorgenommen. Die Verschmelzung wurde abgelehnt. Insgesamt 4778 Mitglieder beteiligten sich an der Abstimmung, wovon 3430 dagegen und 1347 dafür stimmten. Das ist bereits die zweite ablehnende Abstimmung. Die „Dachbedeckung“ bemerkt dazu, trotz alledem müsse einmal die Verschmelzung kommen.

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperit sind: Hoffmar (Streit der Maurer), Düsseldorf, die Firma Zensen für Zimmerer, Veritas (Dachdecker) die Firma Althaus, Aderstr., Essen (Kiesleger) Sperre über die Essener Baumaterialien, Vertriebsgesellschaft Lange u. Comp., Köln, für Plattenleger die Zwischenmeister Geschen, Trischenthal (Streit der Zimmerer), Dvaabrock (Streit der Zimmerer), Lüdinghausen (Streit der Maurer und Bauhilfsarbeiter), Fischbach, Wfalg (Sperre über den dortigen Kircheneubau), Gelsenkirchen (Kiesleger, Sperre über die Firma Stolz wegen Nichthalten des Tarifs), Duisburg, Kiesleger (Sperre über den Zwischenmeister Krüsten), Rheindahlen (Sperre über den dortigen Kircheneubau). Bezug ist fernzuhalten.

Glabbed. (Stuttature.) Nach jahrelanger intensiver Agitation ist es gelungen, die Stuttakture in Gladbeck für unsere Organisation zu gewinnen. Der im vorigen Jahre für das Ruhrgebiet abgeschlossene Tarifvertrag erstreckt sich auch über das hiesige Gebiet. Da aber die Stuttakture zum größten Teil der Organisation fernstanden, stürzten sich auch die Arbeitgeber nicht an den Vertrag. Die Löhne und Abfordrpreise wurden nach Willkür festgesetzt. So kam es, daß Stundenlöhne von 60-65 Pfennig gezahlt wurden, anstatt tarifmäßig 71 Pf. Die Abfordrpreise stauden 20-30 Prozent unter Tarif. Erst als wir in diesem Frühjahr erneut mit voller Kraft in die Agitation einsetzten, ging man von Seiten der einzelnen Unternehmer dazu über, höhere Löhne zu zahlen, um dadurch die Arbeiter von der Organisation fernzuhalten. Die Agitation wurde dadurch bedeutend erschwert. Auch sonstige Schwierigkeiten aller Art wurden uns in den Weg gelegt, mancher Kollege mußte das Arbeitsverhältnis verlassen, um anderwärts seine Existenz zu suchen. Der Erfolg ist daher um so größer, indem wir heute die Gladbecker Stuttakture, nur mit wenigen Ausnahmen, in der Organisation vereint haben. Die erste Aufgabe war nun, den Vertrag zur Anerkennung zu bringen. Kollege Preß leitete die Verhandlungen mit den Unternehmern ein. Die erste Verhandlung fand am 3. August statt, an dieser nahmen unperfekt die gewählte Kommission, Kollege Preß und Bezirksleiter Kollege Häuschen teil, von den Unternehmern die Firmen Stein u. Gödeke und Müller; die Firma Gebr. Schlieter hielt es noch nicht für notwendig, zu erscheinen. Die Verhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß die anwesenden Unternehmer den Vertrag anerkannten, was in einem Protokoll niedergelegt und von den Anwesenden unterzeichnet wurde. Die Vertreter der Arbeiter verpflichteten sich, alles daran zu setzen, den Vertrag in allen Stückgeschäften zur Durchführung zu bringen. Da Kollege Preß mit der Firma Gebr. Schl. infolge der Agitation auf gespanntem Fuße stand, wurde Kollege Häuschen beauftragt, bei der Firma vorstellig zu werden. Die Verhandlungen führten dazu, daß sich die Firma eine Bedenkzeit von zwei Tagen erbat, um uns einen endgültigen Bescheid zugehen zu lassen. Da die Antwort für uns nicht befriedigend war, beschloß eine außerordentliche Versammlung, bis zum 14. August zu warten, um, wie in dem Schreiben der Firma angegeben war, ihre Zeit zu lassen, Rücksprache mit dem Arbeitgeberbund zu nehmen. Sollte aber der Vertrag bis dahin nicht anerkannt sein, sich die Anerkennung zu erzwingen. Diese Zeit benutzte nun die Firma, die Stuttakture zu überreden, der Organisation fernzubleiben, was aber nicht gelang. Die Kollegen haben eingesehen, daß nur die Organisation helfend eingreifen kam. Die Firma sah sich daher gezwungen, den Vertrag am 15. August dem Kollegen Preß zu unterschreiben. Kollegen! Nun liegt es an uns, daß der Vertrag auch in allen Punkten durchgeführt wird. Dazu gehört aber eine straffe Organisation. Galt es wir daher jetzt an derselben, sorgen wir dafür, daß die wenigen uns noch fernstehenden Kollegen gewonnen werden. Die Parole lautet für uns: „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“

Bezirk Breslau.

Steinau a. Ober. Nach längerer Vorarbeit war es unserer Organisation möglich, vor einigen Monaten am hiesigen Orte Fuß zu fassen. Einige Versammlungen, die hier tagten, brachten der Organisation einen ansehnlichen Mitgliederzuwachs. Es wurde dann seitens der Kollegen beantragt, dahin zu wirken, auch am hiesigen Orte einen Tarifvertrag abzuschließen. Die Lohnforderungen wurden in einigen Sitzungen resp. Versammlungen beraten und wurden den Arbeitgebern unterbreitet. Anfangs verhielten sich die Arbeitgeber zwar ablehnend, jedoch war es durch das Eingreifen unseres Bezirksleiters möglich, für den Kreis Steinau einen Tarifvertrag abzuschließen. Der Vertrag bietet für die hiesige Kollegenchaft einen wesentlichen Vorteil. Es steigt z. B. der Stundenlohn sofort um 2 Pf. und im nächsten Frühjahr wiederum um 2 Pf. Desgleichen beträgt die Arbeitszeit ab 1. April 1912 10 Stunden. Es ist dies eine lange ersehnte Wunsch der Steinauer Kollegen und wäre nun zu wünschen, daß auch die noch fernstehenden sich bald der Organisation anschließen, damit auch in Zukunft an der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen weiter gearbeitet werden kann.

Wohlau i. Schl. Die Organisationsverhältnisse lagen im hiesigen Kreise längere Zeit arg danieder, jedoch sind auch die hiesigen Kollegen durch die allgemeine Bauarbeiterbewegung etwas aufgeweckt und schlossen sich im Laufe des Frühjahrs zahlreich unserer Organisation an. Der Stundenlohn betrug im hiesigen Kreise noch 31-32 Pf. für Geisellen. Durch das Eingreifen unserer Organisation ist der Stundenlohn auf 36 Pf. für dieses Jahr gestiegen. Auch haben mit den Arbeitgebern Verhandlungen stattgefunden zwecks Abschließung eines Vertrages. Da jedoch eine vollständige Einigung noch nicht erzielt werden konnte, wurden die Verhandlungen am 11/2-2 Monate vertagt. Die Arbeitgeber haben aber das feste Versprechen gegeben, einen Tarifvertrag abzuschließen und auch eine weitere Lohnzulage zu gewähren. Die Kollegen, die bereits schon zu einem Teil die Kündigung eingereicht hatten, haben auf dieses Versprechen hin die Kündigung zurückgezogen und erwarten nun, daß auch in der nächsten Zeit für Wohlau ein Tarifvertrag zustande kommt. Aufgabe der organisierten Kollegen wird es sein, die der Organisation fernstehenden über die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aufzuklären, damit auch diese uns bei den nächsten Tarifberatungen treu zur Seite stehen. Möge daher jeder Kollege sich seiner Aufgabe bewußt sein, damit auch endlich für Wohlau bessere Verhältnisse geschaffen werden können, denn vereinzelt sind wir nichts, aber vereint alles.

Verbandsnachrichten.

Wir machen die Kollegen in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 27. August, der sechsundzwanzigste Wochenbeitrag fällig ist.

Alttötting. (Christlicher Terrorismus.) In Nr. 29 der „Baugewerkschaft“ ist unter der gleichen Signatur eine der

Wahrheit zuwiderlaufende sozialistische Darstellung, die unter anderem auch den „Grundstein“ Nr. 26 zitiert, von ihrer Seite gezeigt worden. Deren etwas deutliche Zeichnung hat einen „Genossen“, der anscheinend die Lohnbewegung in Alttötting mitgemacht, aber deren Verlauf jedenfalls eine Art Sinnestäufung bei ihm erzeugt hat, mächtig empört. Zu dieser Geistesverfassung wütet er im „Grundstein“ Nr. 29; wobei er jedoch vermeidet, auf unsere bestimmten Anfragen: ob die sog. bayerische Sozialdemokratie, die mit ihrer schleierhaften Landtagitation nur Halbheiten erzieht, die bei der nächstbesten prinzipiellen Auseinandersetzung, wie in Alttötting, zusammenklappen, noch obendrein verlangen will, daß ihr dabei die Christlichen aufpassen und Solidarität üben, wie das der „Grundstein“ wollte; des Weiteren: ob auf sozialdemokratischen Neubauten überhaupt christlich organisierte Bauarbeiter geduldet werden, eingesehen. Dabei begnügt er sich nach echter Genossenart mit Kraftsprüchen, wie: „Sie lügen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip“; und merkt gar nicht, daß er damit nicht unser, sondern seiner selbst spottet. Zum Beweis dessen einige Daten. In Nr. 23 und 29 der „Baugewerkschaft“ haben wir auf das vermittelnde Eingreifen und redliche Vermitteln der Herren Regierungsrat Wirth und Bürgermeister Stingshammer, die Lohnbewegung friedlich und erfolgreich zu beenden, anerkennend hervorgehoben. Trotzdem bringt es der „Grundstein“-Hintermann fertig, es so hinzustellen, die Christlichen hätten diesen beiden Herren die Rolle des Schömens wegen ihrer Vermittlung zugezogen. Höher geht's nimmer, aber der dabei von den „denkfreien Genossen“ beabsichtigte Zweck ist, wie das bei sog. bayerischen Genossenführern wiederholt zu beobachten war, die Christlichen bei den Behörden zu denunzieren. Am allermeisten scheinen den roten Kritikschmied unsere wiederholten Feststellungen, dem Vater Guardian sei es zunächst zu verdanken, daß die Lohnbewegung den befriedigenden Verlauf genommen hat, was auch von den „freiorganisierten“ Bauarbeitern anerkannt worden ist, zu trüben. Über Tatsachen sind die Köpfe wohl von den Menschen eine Zeitlang geblüht worden, aber in einem näheren Augenblick müssen sie deren Vorhandensein doch zugeben, so auch der „Grundstein“-Schreiber, wenn vielleicht auch ungewollt. Hierfür beweise in dem zur Rede stehenden „Grundstein“-Artikel. Derselbe sagt eingangs wörtlich: „Es sei hier festgestellt, . . . daß hingegen Guardian den Vertretern des „freien“, wie auch des christlichen Verbandes jedes Entgegenkommen verweigerte“; und zwanzig Zeilen weiter unten läßt er sich folgendermaßen vernehmen: „Um sich als Arbeiterfreund gerieren zu können, gestatteten Hochwürden (Vater Guardian, D. R.) dem Unternehmer, unsere Forderungen zu bewilligen, . . .“ Sind das nicht Widersprüche, die dem Motto: „Sie lügen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip“ alle Ehre machen? Aehulich steht es mit der roten Behauptung: „als vom katholischen Arbeiterverein Braunau genügend Ertrag herangezogen war, zog der gleiche Mann (Vater Guardian) die Hungerperle unter seinem Habit hervor und ließ sie luftig auf die Köpfe unserer Kollegen herabtaumeln“. Hat denn der Kritikschmied schon vergessen, daß die Braunauer Maurer (Deisterreier) vor Beginn des Streiks zahlreicher bei dem Kircheneubau beschäftigt waren, als nach Beendigung desselben? Weiß derselbe nicht mehr, daß sich auch die rote Lohnkommission darüber klar war, daß, wenn sich die österreichischen Maurer nicht solidarisch mit den Alttöttingern erklären, an einen Kampf nicht gedacht werden kann? Schämt er sich vielleicht, zu gestehen, daß von den ehemaligen roten Zwangsmitgliedern am Kircheneubau der größte Teil zu unserem Verbands übergetreten ist, so daß „fremde Pilze“ gar nicht nötig war? Des Weiteren sei festgestellt, daß nicht neun Maurer, wie der „Grundstein“ behauptet, sondern drei entlassen wurden. Von welchem Schlage dieselben waren, wollen wir hier nicht näher ansprechen; darüber könnte vielleicht eine Gerichtsverhandlung vom 7. August in Alttötting nähere Auskunft geben. Die weitere Behauptung, der christliche Vertreter Drückner habe sich ohne Wissen der „freien“ Vertreter in die Klostergasse des Guardians begeben und mit diesem verhandelt, wobei er von den „freien“ Kollegen beobachtet und von diesen bezwungen zur Rede gestellt worden sei, ist in ihren schlussfolgerungen eine offenkundige gemeine Lüge. Wahr ist, daß Dr. mit Vater Guardian eine unverbindliche Aussprache gepflogen, die in ihrem weiteren Verlauf zur Einigung führte. Wahr ist ferner, daß Dr. auf dem Rückweg von der Besprechung mit Vater Guardian an einer Stelle zu dem „freien“ Gauleiter Gartl kam, wo derselbe nicht mehr unterscheiden konnte, wo der Ursprung des Herkommens Dr. gelegen hat. Bei dieser Begegnung hat es nicht lange eines Zutredens bedurft, denn Dr. hat aus freiem Antrieb dem Gartl von dem Vorgeschlagenen Mitteilung gemacht. Welches Mißverständnis Gartl hierbei machte, der froh war, daß der Auszug der Bewegung nahe bevorstand, wollen wir zu schillern unterlassen. Wenn jetzt erst die „Zelbeweiser“ an dieser „christlichen Vermittlung“ Anstoß nehmen, so wirkt das komisch. Warum haben dieselben deren Resultat freudschmunzelnd angenommen, wo sie doch die Mehrzahl der Streitenden hatten, und somit dessen Ablehnung hätten herbeiführen können. Jedenfalls, weil den „Genossen“-Hauptlingen, wie schon oft, so auch hier, die Christlichen angenehme Vorjanandienisse leisteten. Mit vorstehenden Feststellungen ist wieder einmal ein rotes Sumpfsandverblöndung geworden, das wir anfänglich zu einem gerichtlichen Antrag bringen wollten; aber der alte Grundatz: „Der Schmutz angreift, bedubelt sich“, hat uns davon zurückgehalten. Wir wollen diese roten Strategen, die die Wahrheit derart frangulieren, in ihrer moralischen Verklumptheit weiter vegetieren lassen, sie werden daran zugrunde gehen.

Lingen. Eine wohlverdiente Richtigstellung erhielt in einer am 6. August hier stattgefundenen öffentlichen Versammlung der Gauleiter Lankeau vom sozialdemokratischen Bauarbeiterverband. Derselbe hatte hier in einer öffentlichen Versammlung mit lauter Verkündung gegen die christlichen Gewerkschaften und deren Führer gearbeitet, sowie nachher nach „Genossen“-manier im „Grundstein“ die Vorgänge in dieser Versammlung direkt umgeleitet. Dieserhalb war derselbe per Einschreibebrief zu obiger Versammlung eingeladen, sowie ihm dieselbe Redezeit wie unserm Referenten zugestimmt, gleichzeitig, daß er nicht niedergebörstet würde, wie dies seine Anhänger unsern Redner gegenüber gemacht hätten. Und die Antwort? — Santenau schreibt, daß er am 1. August seines Ferien antrete! — und daher leider! — (Wer laßt das?) nicht anwesend sein könne; mir möchten die Versammlung auf den 20. August verschieben. (O Jan, was bist du „geirret“ und f. . . . D. S.) Als Kollege Julius Landzettel dies Verhalten in einem weiteren Briefe richtig charakterisierte, wippte Jan in die Höhe und schrieb auf einer Karte spinnwebartig und in Tönen höchster Entrüstung zurück, daß er infolge des recht fleghaften Tones es unter seiner Würde (An, au!) hätte, auf den Inhalt einzugehen. Die Versammlung, der von dem Briefwechsel Kenntnis gegeben wurde, war jedoch der Ansicht, daß der Flegel mit dem fleghaften Ton nicht in Lingen, sondern in Bremen sitze. Kollege Müller-Münster behandelte nach Kennzeichnung dieser Vorgänge das Thema „Sozialdemokratische oder christliche Gewerkschaften und was ist Wahrheit!“ Er zeichnete dabei ein Bild von den wirtschaftlichen Umwälzungen der letzten 40 Jahre, und unterjuchte dann, wo die Schuldigen lägen. Warum die deutsche Arbeiterchaft in verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen und nicht einheitlich organisiert sei. Er kam zu dem Ergebnis, daß von Tausend anderer als sozialdemokratischer Gesinnung weder in politischer noch religiöser Beziehung bei der ältesten (sozialdemokratischen) Gewerkschaftsrichtung nicht im entferntesten gesprochen werden könne, und daher diese das Verbrechen der Arbeiterzerstückelung an der deutschen Arbeiterwelt begangen

hätten. Nur dadurch wurden die christlichen Arbeiter gezwungen, sich eigene Verbände zu gründen. Zum Schluß ging er noch kurz auf die Zustände im Trieb-Berliner Eisenbahnerverband ein, und forderte dann die Anwesenden auf, energisch für die weitere Erstarkung der christlichen Berufsverbände einzutreten, als Antwort auf die gehässige und verlogene stampfesweilige sozialdemokratische Agitation. Zu der darauf folgenden Abstimmung meldete sich keiner der Gegner zum Wort. Darauf ging Kollege Kirchner-Essen auf die durch Lankeau erhobenen Vorwürfe ein. Er zeigte zunächst, daß derselbe durch seinen Brief sowie durch seine Artikel im „Grundstein“ sich selbst der Krümmung der Wahrheit überführt habe. Bewies an Hand von Tatsachenmaterial die Grundlosigkeit der Lankeauschen Behauptungen von „Zentrumsverlogenheit“, „Unternehmergewerkschaften“ usw., und zeigte, daß umgekehrt all die Dinge wohl auf die sozialistischen Verbände zurechen. Mit einem warmen Appell, nun erst recht für unsere Ideen zu werben, schloß er. Beide Referate wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Auch jetzt meldete sich kein Gegner zum Wort. Eine Resolution mit nachstehendem Wortlaut wurde einstimmig angenommen:

„Die heute in Lingen im Hotel Stabe stattfindende, vom christlichen Gewerkschafts-Komitee einberufene, gut besuchte öffentliche Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen der Referenten einverstanden. Sie protestiert ganz entschieden gegen die gemachten Ausführungen und Verkündungen des sozialdemokratischen Gauleiters Lankeau-Bremen am 28. Mai 1911 im Lokal Gronemeyer und weist entschieden die gemachten Vorwürfe zurück, weil sie jeder tatsächlichen Unterlage entbehren. Das Nichterscheinen des Herrn Lankeau bestätigt seine Feigheit, die darin geht, wohl in sozialdemokratischen Versammlungen gegen die christlichen Verbände Verdächtigungen zu schleudern, aber nicht den Mut besitzt, in christlichen Versammlungen sie dann zu beweisen. Die Versammlung ist der Ansicht, daß die Organisation die berufliche Vertreterin der Interessen der Arbeiter ist und jeder Arbeiter im eigenen Interesse der Organisation beitreten sollte. Die Organisation muß frei sein von politischer Bevormundung und auch auf durchaus national-christlichem Boden stehen. Als solche Organisation kann nur die christliche Gewerkschaft in Frage kommen, die sich während einer fast 10jährigen Betätigung als beste Vertreterin in praktischer Beziehung gezeigt hat. Die Versammlung verpflichtet, mit allen Kräften für die Stärkung der christlichen Gewerkschaften einzutreten.“

Hierfür stimmten sämtliche sozialdemokratischen Bauarbeiter, selbst der Führer des Zweigvereins Lingen, Otemann, sowie die Mitglieder des Trieb-Berliner Eisenbahnerverbandes. Dies stellte Kollege Müller in seinem Schlusswort unter dem Beifall der Versammlung fest, und daß somit Lankeau selbst von seinen eigenen Mitgliedern richtig erkannt und abgestraft worden wäre. (Jan, unser herzlichstes Beileid!) Damit sei derselbe für uns abgetan, und jeder würde ihn in Zukunft richtig einschätzen. Dann gab er noch einige Proben der angeblichen Neutralität des Trieb-Berliner Eisenbahnerverbandes und schloß mit einem Hoch auf die christliche Arbeiterbewegung, in das außer den christlichen Arbeitern auch eine Anzahl sozialistischer Arbeiter begeistert einstimmte. Mit einer nochmaligen Ermunterung an die Anwesenden schloß Kollege Landzettel die bewährte und für unsere Sache so glänzend verkaufte Versammlung, deren praktischer Erfolg darin bestand, daß sofort einige Buchdrucker ihren Beitritt zum Guttenbergbund erklärten und des Montags eine ganze Kolonne aus dem Trieb-Berliner Eisenbahnerverband austraten und sich dem christlich-nationalen Eisenbahnerverband anschlossen. Vorwärts nun, Kollegen, zu neuer begeisterter Agitation für unsern Verband.

Neustadt (Westpr.). Mit dem Anwachen der Vermastungsstelle Danzig ist auch die Agitationslust gewachsen. So wurde letzens der Beschluß gefaßt, unsere Kollegen in Neustadt in der Agitation zu unterstützen. Es war nicht unlautezer Egoismus, der uns trieb, sondern einzig allein der Umstand, daß die für den Verband in Neustadt tätigen Kollegen der Gefahr der Maßregelung ausgesetzt sind, wie folgende schmutzige Keusebung eines Unorganisierten einem Arbeitgeber gegenüber beweisen möge. Es war im Frühjahr, die Arbeitslosigkeit noch sehr gering und somit ein Teil der Bauarbeiter ohne Beschäftigung. Die Unorganisierten gingen nun zu dem Unternehmer, baten diesen um Beschäftigung, indem sie erklärten: „Die Organisierten, die Ihr Geschäft zugrunde richten wollen, die beschäftigen Sie, und aber, die wir unorganisiert sind, nehmen Sie nicht.“ Daß dieses nichts fruchtete, ist nur der vernünftigen Ansicht des betreffenden Arbeitgebers zuzuschreiben. Schon frühzeitig machten wir uns von Danzig auf, um mit der Bahn Neustadt zu erreichen. Wir streiften durch die Stadt, und so mancher Absicht zeigte uns, wie ein großer Teil der Arbeiterchaft noch sehr wenig von der Kultur berührt worden ist. Wir erreichten den Marktplatz, der auf der einen Seite von der katholischen Kirche, auf der zweiten vom Rathaus, auf der dritten Seite und neben Kirche und Rathaus von einer Menge gewöhnlicher und mittelmäßiger Kneipen umgrenzt ist. Einige bekannte Kollegen wollten uns bei der Hausagitation unterstützen, aber es war nicht nötig, nach den Wohnungen der Unorganisierten zu gehen; diese sind ziemlich alle auf dem Markt oder in den Restellen. Wir suchten uns einige Indifferente und ließen uns mit ihnen in Gespräch ein, dessen Resultat war: „Wenn wir nach Danzig oder Zoppot zur Arbeit müßten, werden wir uns organisieren, hier in Neustadt und Umgegend hat es keinen Zweck.“ Die Leute arbeiten lieber außerhalb Neustadts 12-13 Stunden für einen ganz geringen Lohn, sie gehen zu den Unternehmern und betteln sich für einen niedrigeren Lohn zur Arbeit an, als daß sie in den Verband gehen und nun für eine gerechte Entlohnung sorgen. Bezeichnend für das Verhalten der Bauarbeiter sind die Äußerungen der Arbeitgeber. J. B. bei den letzten Verhandlungen zur Einführung des neuen Tarifs wurde dem Kollegen Müller-Danzig gesagt: „Die Unzufriedenen sind Sie, meine Leute sind zufrieden und wenn sie noch weniger Lohn bekommen“; oder „Der jetzige Zustand kann so nicht mehr bleiben; wir (Arbeitgeber) werden eine Sitzung einberufen, zu der wir den Herrn Landrat einladen und den Beschluß fassen, daß der Lohn im nächsten Jahre reduziert wird“; oder „Hier in Neustadt muß es so weit kommen, daß ein jeder Bauer seinen Äffel und seinen Eimer mitbringt.“ Mühte es soweit kommen? Hat der Verband denn hier nichts getan? 1903 stand der Lohn für Zimmerer auf 1,75-2,25 M, für Maurer bis 3.-M, Arbeiter dementsprechend niedriger. Den Bemühungen einiger Kollegen war es gelungen, eine Zahlstelle für unseren Verband zu gründen. Die Not und die Hoffnung auf Besserung trieben die Bauarbeiter zu einer guten Vereinigung. Die Zeit war günstig, und es gelang eine wesentliche Verbesserung zu erzielen und tariflich festzulegen. Auch die nächsten beiden Tarifabschlüsse brachten erhebliche Vorteile (5 Pf. jedesmal pro Stunde), so daß der Lohn für Zimmerer 44 Pf., für Maurer 46 Pf., für Arbeiter 29 Pf. bei 10stündiger Arbeitszeit erreicht wurde. Dieser gewaltige Anstieg von 1,75-1,40 M. die Verkürzung der Arbeitszeit, waren ohne Mühe erworben, daher konnte dieses nicht gewürdigt werden. Wie sehr trifft es zu, daß das, was man mit Mühen erkämpft, erst am Wert gewinnt. Die Bauarbeiter mußten die Löhne durch Tarif gesichert und lehrten dem Verbande den Nutzen. Die nun folgende Zeit und ihre Vorformnisse geben Zeugnis, wie notwendig eine Organisation ist. Oben ist schon erwähnt worden, wie weit es schon gekommen ist. Sollten sich nicht bald Gewerkschaften einstellen? Die Furcht v. . . . Erlassung oder Nichterfassung ist nicht eines Mannes würdig, sie wirkt beschämend, niederdrückend. Darum, Kollegen von Neustadt, es ist Zeit, dieses weibliche Gesicht von Euch zu werfen

und sich dem Verbands anzuschließen. Nur die Einigkeit macht stark, und wenn Ihr alle wieder in dem Verbands seid, dann niemand Euch etwas rauben. Bedenkt, daß die Zeiten eruste sind. Die Preise für Lebensmittel, Kleidung und Wohnung steigen, Euer Lohn soll aber reduziert werden. In keinem noch so kleinen Kreis kann es etwas passieren, laßt die Eigenbrödel, die Maßherrscher, schließt Euch innig und fest zusammen und seid bemüht, das Gut zu machen, was bisher verlorren war.

Wie ein losgerissenes Blatt
 Weht es mich nach hier, nach dorthin,
 Und ich muß mich treiben lassen;
 Durch den Sand, durch Regenladen
 Geht's, und glücklich bin ich, kann ich
 Mal ein bißchen Sonne fassen.

Müdlingen, 13. August. In unserer herkömmlichen Monatsversammlung des christlichen Maurerverbandes hatten wir am letzten Sonntag einige recht lehrreiche und erfreuliche Stunden zu verzeichnen. Galt es doch eine beträchtliche Anzahl neuer Mitglieder des christlichen Schneiderverbandes von Riffingen zu begrüßen. Trotz der großen Hitze scheuten sie den staubigen Weg nach Müdlingen nicht, um für die christliche Sache zu werden. Es handelt sich nämlich um die Gründung eines Orts-Partells von Bad Riffingen und Umgebung, worin sämtliche christlichen Verbände, gleichviel welcher Branche, miteinander Fühlung nehmen sollen. Der Vorsitzende des Orts-Partells, Referent Müller, zuerst in Riffingen, führte in recht anschaulicher und klarer Weise den Zweck und das Ziel des Orts-Partells vor Augen. Während war es zu hören, wie der Referent selbst durch die gemeine und niederträchtige Handlungsweise der Sozialisten beinahe um sein Brot gekommen wäre. Einem Tages lief nämlich ein Brief an den Meister ein mit dem Inhalt, daß, wenn der christlich organisierte Müller in der Werkstatt weiterarbeiten, sämtliche Kollegen des sozialistischen, „freien“ Verbandes die Arbeit einstellen würden. Der Meister war verständig genug, um ein solches gemeines Vorgehen nicht zu billigen. Das ist die vielgepriesene Freiheit und Brüderlichkeit der Sozialdemokraten! Ein solches Gebahren eiert einen förmlich an! Das geschah zu Riffingen während der Saison 1911! Die überzeugungsvollen Ausführungen des Referenten fanden lauten Beifall, der Anschluß des christlichen Maurerverbandes wurde einstimmig beschlossen und zugleich die Delegierten gewählt. Von unseren lieben Gästen, die nur während der Saison in Riffingen arbeiten, wurden uns noch manche interessante Begebenheiten erzählt, die Zeugnis ablegen von dem hohen und ungesümmten Treiben der Sozialisten in der Handwerker-Bewegung. Zum Schluß der schönen Versammlung erbot der wackerer Vorstand des christlichen Maurerverbandes den lieben Gästen einen herzlichen Dankesgruß mit einem feurigen Appell zum Anschluß an die christliche Sache. Die Saat beginnt zu grünen, sie wird ihre Früchte tragen!

Preßath. Eine recht erfolgversprechende Mitglieder-Versammlung hatte unsere Geschäftsstelle am 13. August aufzuweisen. Kollege Lang aus Nürnberg erläuterte in seinem Referat die Bedeutung der Tarifverträge für die Arbeiter, die Arbeitgeber und die Volkswirtschaft. Er zeigte, wie der Tarifvertrag das Einkommen des Arbeiters stabilisiert, wie er die Lohnzüge bei schlechter Konjunktur verhindert, und welchen Wert es für eine Familie hätte, wenn wenigstens in etwa ein bestimmter Lohn gesichert wäre. Nicht minder sei aber der Tarifvertrag auch deshalb von Bedeutung, weil durch ihn die Gleichberechtigung des Arbeiters im Einzelbetrieb dokumentiert würde. Die Kampf- und Arbeitsfrage würde aber dadurch gelöst, was auch wieder zum Vorteile des Arbeitgebers gereiche. Dergleichen ist ja diejenige der Tarifverträge vor unvorhergesehenen Lohnsenkungen, vor der ihm ja schädlichen Schmutzkonturrenz und gewöhnliche eine sichere Kalkulation. Gewerbe und Volkswirtschaft aber hätten inwiefern ein großes Interesse am Tarifvertrag, weil er den Frieden auf bestimmte Zeit festlegt und dadurch, im Gegensatz zu den sonst fortwährenden Streiks und Auspöhrungen, eine glänzende Entwicklung möglich wäre. Nicht aber dürfte es gemacht werden, wie es auf gewisser Seite modern wäre, und noch zum Beispiel kürzlich in Nürnberg geschehen sei, daß ein Vertragsverhältnis verweigert würde, und zu Folge der den Vertragsbestimmungen, Anderorganisierte auf der Arbeitsstelle nicht dulden wolle, sondern während kaum ein Tag 11 Mitglieder des anderen Verbandes um Arbeit und Brot brachte. Solche Ereignisse seien nur dazu angehen, den ganzen Arbeiterstand als nicht verlässig in der Loyalität in Rücksicht zu bringen und den Scherzmannen Wasser auf die Mühlen zu liefern. Bezüglich des Arbeitsverhältnisses in Preßath würde dann eine treffliche Regelung eintreten, wenn die erste Forderung, eine entsprechend ausgestattete Organisation, vorhanden sei. Mit Begierde traten in der Diskussion alle Anwesenden für die Einführung des Tarifvertrages auch in Preßath ein und verbanden, namentlich noch mehr als bisher an dem Ausbau des Verbandes zu arbeiten, um so die Grundlage für ein verlässliches Arbeitsverhältnis zu schaffen. Beschlüsse wurde, sich mit den drei bestehenden bestehenden Arbeiter- und Gewerksvereinen in Verbindung zu setzen, bezugs Veranlassung einer öffentlichen Versammlung in der nächsten Zeit, um auf diese Weise die Ideale der christlichen Gewerkschaftsbewegung in weitere Kreise zu tragen. Daß zu dieser Veranstaltung dann auch recht viele Frauen erscheinen möchten, wurde besonders gewünscht. Neben die in der Versammlung gegebenen Anregungen in die Tat umzusetzen, so heißt es erwarten, daß auch die Preßather Kollegen in Hilfe aus der Geschäftsstelle des Tarifvertrages eintreten werden.

Aus unseren christlichen Verbänden.

Der Gewerksverein der Heimarbeitenden Deutschlands, der den Kampfen der Frauen durch die Selbsthilfe der Berufsorganisation eine Förderung ihres Lohnes verschaffen will, hat besonders große organisatorische Schwierigkeiten zu überwinden. Die Aufgabe der Heimarbeitenden haben kaum noch die Kraft, aus sich selbst heraus einen Verband zu bilden, der die Interessen der Frauen vertritt. Am liebsten läßt es sich der reichhaltigen niedrigen Lohn, sie zu der für jedwede erfolgreiche Gewerkschaftarbeit notwendigen Organisation zu erziehen. Dem zu christlichen Gewerkschaftsbewegung gehörigen Gewerksverein der Heimarbeitenden ist hier schwierige Aufgabe in weitestgehendem Maße gelungen. Die Mitglieder bezahlen keine Monatsbeiträge von 10 bis 15 Pfennig, eingebunden der Tatsache, daß ohne Mittel die geschäftliche Arbeit ergebnislos sein mag. Der einzige Fortschritt hat der Gewerksverein seine Beiträge auf den jetzigen Stand erhöht, wobei aber auch eine Ersetzung, sogar einen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen gelang. Doch namentlich hat er auch diese Bemerkung überwinden. Gegenwärtig ist der frühere höhere Stand in der Mitgliederzahl wieder erreicht, sogar auch überschritten. Der Gewerksverein zählte Ende Juli 6088 Mitglieder, gegenüber 6368 Anfang dieses Jahres. Es geht also wieder ruhig vorwärts mit der christlichen Heimarbeitendenbewegung.

Volksrechtliches u. Soziales.

Das größte wirtschaftliche Unternehmen der Welt, die Reichsbahn, die preussische Eisenbahnverwaltung, da kein anderes bezüglich der beschäftigten Personen und des Etats mit dieser wettzuwerfen kann. Die Einnahmen

und Ausgaben des Ordinariums belaufen sich auf 2 201 784 000 Mark, wozu noch ein nicht unerhebliches Extraordinarium hinzutritt. Etwa 350 000 Eisenbahn-Personal und Arbeiter und 150 000 Beamte werden von der Verwaltung beschäftigt. Die gesamte Bevölkerung des Königreichs Norwegen hat ungefähr dieselbe Zahl an Bewohnern aufzuweisen. Für Befolgung, Wohlfahrts-Einrichtungen usw. wird die gewaltige Summe von 731 551 300 Mark aufgewendet. Wie es ja bekannt ist, und auch der Eisenbahnminister kürzlich in der Budgetkommission besonders darauf aufmerksam machte, steht die Betriebssicherheit auf preussischen Bahnen unerreicht da.

Gerichtliches.

Sozialdemokratische Gewerkschaft im Münchener Baugewerbe vor Gericht.

In Nr. 16 der „Baugewerkschaft“ teilten wir mit, daß sich am 28. März auf dem Institut-Neubau der Englischen Fräulein in Nymphenburg mehrere „Genossen“ von der roten Couleur schwere Ausdränkungen gegen Kollegen von unserem Verbande haben zuschulden kommen lassen. Bei derartigen Anlässen sind der „Grundstein“ und seine Nachbeter gleich mit ihren „amtlichen“ Dementi da und bezeichnen unsere Angaben als „übertrieben“ oder auch kurzweg als „christlichen Schwindel“, aber bei dieser Sache war der „Grundstein“ hübsch richtig, — hat also zugegeben. Anders war es in mündlichen Diskussionen mit „Genossen“ über diese Angelegenheit; dieselben stellten das Ganze als erstunken (!) und erlogen hin. Sobald dieselben gewahr wurden, daß unsere Kollegen, die nach sozialistischen Manieren hergekommen waren, gerichtlichen Auftrag verlangten, inszenierten sie in ihren Versammlungen Entrüstungsgeschrei, ob der Frechheit der Christlichen, die Friedliebende (?) „Genossen“ vor den Kadi bringen wollten.

Jetzt liegt die gerichtliche Klarstellung, die am 10. August vor dem Amtsgericht München II zum Austrag kam, vor uns. Dieselbe hat den Beweis vollauf erbracht, daß die Angaben in der „Baugewerkschaft“ nicht nur erwiesen, sondern in Wirklichkeit noch entzifferlicher waren.

Der tätliche Angriff auf unsere Kollegen war nicht plötzlicher Natur, sondern ein längst geplanter. Die Lehrlinge sind von den „Genossen“ abgerichtet worden, die Klage der Christlichen in der Kammer zu besetzen, was sie auch taten. Als dies unsere Kollegen bemerkten, stellte einer davon, Stichvogel, die Jungen zur Rede, worauf jogleich von einem anderen Tisch aus an den Kopf des S. ein Teller samt Pfefferkloß flog. Fast gleichzeitig mit diesem packte der rote Durckhänger Linger seinen Maßstab und ging weiter auf S. los. Jedoch ehe U. mit seinem Krüge zum Schläge ausholte, wurde ihm derselbe entwunden, so daß er dann seine zwei Fäuste nahm und auf den Kopf des S. der auf den Tisch gedrückt war, solange einschlug, bis er rote und blaue Flecke sah, wobei er von dem „Genossen“ Wölter unterstützt wurde. Beide ließen erst von S. ab, als ein Kollege Siemeth demselben zu Hilfe kam, gegen den sich dann die beiden „Freiheitsritter“ ebenfalls mit ihren Fäusten wandten, und ihn im Verein mit einem dritten „Genossen“, Meier, der sich mit einem eisernen Stuhl bewaffnet hatte, mindestens ebenso „damisch“ schlugen wie ihr erstes Opfer, den Kollegen S. Doch dieses gerichtliche festgestellte Tatbestandes hatten die „Genossen“ unmittelbar nach der Tat die Frechheit, und gingen zum Folter Meier, um den Kollegen Stichvogel als den Aufwiegler hinzustellen, der Folter unterjuchte die Sache nicht näher und entließ kurzweg den Kollegen S. Dieses „kurze Verfahren“ wird uns begreiflich, weil, wie wir erwähnen, der Folter M. nicht nur ein ehemaliger Verbandsgenosse, sondern heute noch ein guter Spezie zum „Genossen“ Linger ist.

Zu der Gerichtsverhandlung selbst hatten die unschuldig sein wollenden „Genossen“ ein ziemliches Angebot von sogenannten Entlastungszeugen mitgebracht, wovon aber mancher auf die Anklagebank gehört hätte. Damit kamen sie aber doch nicht durch, sondern das Gericht erkannte nach erfolgter Beweisaufnahme alle drei für schuldig. Linger wurde zu 40 M Geldstrafe oder 8 Tage Gefängnis, Wölter zu 20 M Geldstrafe oder 4 Tage Gefängnis verurteilt, für Meier hatte der Anwalt 1 Woche Gefängnis beantragt, der aber, weil kein Augenzeuge da war, der gesehen hatte, wie er mit seinem eisernen Gartenstuhl zugeschlagen, obwohl er hinterher, wie eilich festgehalten, sagte: „den (Christlichen) hob i a poor Aufständige g'schmetzt“, wegen Mangel an Beweisen freigesprochen wurde.

Auf das Urteil selbst wollen wir hier nicht eingehen, sondern auf das Verhalten der sozialdemokratischen „Münchener Post“. Dieselbe, die sonst in Sensationsjournalerei macht, stellt das ganze bevorstehende Treiben ihrer Anhänger als eine „Schiebererei“ hin, und stellt den gerichtlichen Tatbestand direkt auf den Kopf. Die vom Gericht ausgesprochenen Geldstrafen bezeichnet sie als klein, um danach ihre ganze Heißliebe, die eine sozialistische Kammer in Reinkultur darstellt, einzustellen zu können. Wird ihr in dieser Beziehung wohl der „Grundstein“ diesmal folgen, der ihr sonst das Kreditat „Schlimmer als leichtfertig“ ausstülte?

Etwas regt noch zum Nachdenken an. Es gehen Gerüchte um, die besagen, daß die drei „Genossen“ wegen vorstehender Rechte Rechtschutz vom sozialdemokratischen Bauarbeiterverbande bekommen haben. Wenn man die Beurteilung der „M. P.“ von den kleinen Geldstrafen, und den Fall, der sich anfangs Juni d. J. in Landshut vor Gericht abspielte, wobei ein „Genosse“ (der Vorsitzende vom roten Bauarbeiterverbande in Landshut) einen christlichen Gewerkschaftsführer schwer beleidigt hatte, und der rote Bauarbeiterverband die Verpöhrung übernahm, im Eventualitätsfalle für die gesamten Kosten aufzukommen, in Betracht zieht, so wäre dies nichts Unmögliches.

Die Konsequenz hiervon wäre, daß der sozialdemokratische Bauarbeiterverband schon auf der Stufe angelangt ist, seinen „Getreuer“ im Kampfe gegen die Christlichen Freiworte auszuspielen.

Von den Arbeitsstellen.

Stiefelberg. Am 11. August stürzte der Maurer Josef Kraemer auf einem Neubau der Firma Löwe, Volkmarerwerther Straße, von der ersten Etage im Treppenhause und zog sich eine blutige Kopfverletzung zu. Er wurde nach dem städtischen Krankenhaus gebracht. Zusammen hat Kraemer einen Schwindelanschlag bekommen, da man sich eine andere Ursache nicht erklären kann.

St. A. Am Donnerstag, den 10. August, stürzte am Neubau des Unternehmers Clermont an der Stammheimer Straße am Zoologischen Garten der Kollege Joh. Schmidt (Maurer) infolge eines Festtritts von der zweiten durch die erste Balkenlage bis zum Erdgeschoß. Der Kollege hat durch den Sturz außer einer kassenden Wunde am Hinterkopf auch noch andere Erschütterungen erlitten. Er wurde im Krankenhaus bewusstlos ins Krankenhaus nach Nippes gebracht, wo er erst am nächsten Mittags zum Bewußtsein kam. Wäre die erste Balkenlage, wie das die Baupolizeiwachposten verlangen, abgedeckt gewesen, so wäre es unmöglich, daß ein Mann von der zweiten Balkenlage bis zur Erde fallen konnte. Auch wäre der Fall unter keinen Umständen so schwer, wie der jetzige. Wie lange noch stehen die Balken so schwer, wie der jetzige, nur auf dem Papier?

Milheim (Ahr). Ein schweres Unglück ereignete sich am Montag, den 14. d. Mts., nachmittags kurz nach 3 Uhr.

im Kohlenlamp an den Neubauten der Firma Düster und Hoffmann, indem an dem mittleren Neubau die Vorderfront in sich zusammensetzte. Auch die Mittelwände wurden zum Teil mitgerissen. Dabei sind fünf Personen verunglückt, wovon der 17jährige Karl Krommel am schlimmsten betroffen wurde, indem er eine Quetschung der Brust, einen Beckenbruch und anscheinend auch sonst noch schwere Verletzungen erlitt. Die übrigen Verunglückten: Dörter, Felger, Sinel und Ponnart, trugen zum Teil Beckenbrüche, einen Kniebruch und sonstige kleinere Verletzungen davon. Der Unfall soll durch einen Konstruktionsfehler in den Betonarbeiten entstanden sein, indem der Stützpfiler am anstoßenden Neubau zu schwach gewesen sein soll. Auch sollen die Decke und der Beton-Unterzug am Samstag schon ganz bedenklich sich durchgebogen haben, etwa 5 Zentimeter soll sie betragen haben. Trotz dieser Anzeichen soll keine Belastungsprobe stattgefunden haben. Die Verankerung der Decke und des Unterzuges, sowie die Verbindung der Eisenbetonstäbe im Stiebel war anscheinend sehr ungenügend. In diesen Bauten bewahrt hat sich das Sprichwort „Alford ist Mord“, denn ein derartiges Hasten und Jagen, wie an diesen Bauten, hat noch nirgends in Mühlheim stattgefunden. Auch der Organisation sind die dort Beschäftigten zum größten Teile sehr schwer zuzuführen. In Mühlheim haben sich in den letzten Jahren recht schwere derartige Unfälle gezeigt. Die Untersuchung wird ergehen müssen, wer der schuldige Teil an diesem Unfälle ist.

Oberhausen. Ein Opfer der Affordarbeit und der Schmutzkonturrenz wurde am Donnerstag, den 10. August, unser Kollege Franz Sads. Er war bei der Firma Witte Großmann als Putzer an einem Neubau in der Dohringer Straße beschäftigt. Er machte einen Festtritt, trat auf die Schutzbede, diese brach durch und der Kollege fiel eine Etage herunter auf den Beton. Er zog sich eine Rückenverletzung zu und mußte nach dem Krankenhaus gebracht werden. Schuld an diesem bedauerlichen Unglücksfall ist nur die Affordarbeit und die hier in schönster Blüte stehende Schmutzkonturrenz. Die Rohbauarbeiten wurden ausgeführt von der Firma Gatterdam, die Schutzbeden jedoch, die doch auch zum Rohbau gehören, wurden von einer Firma aus Mülhört hergestellt. Diese machte die Arbeiten um 10 Pf. billiger wie die bauausführende Firma. Es ist da wohl leicht begreiflich, wenn eine auswärtige Firma die Arbeiten so billig macht, daß eine gute Arbeit nicht geliefert werden kann. Besonders dann nicht, wenn diese die Arbeit nochmals in Afford gibt. Die Traglatten sind sehr mangelhaft angelegt. Es sind Stellen vorhanden, wo die Nägel bis zu 60 Zentimeter auseinander sind. An der Stelle wo der Kollege durchgebrochen ist, ist die Traglatte an eine baumartige Stelle angelegt und hatte somit wenig Halt. Dadurch ist dann das Unglück entstanden. Zerfällt geringer Preis und dann Afford, es folgt hieraus naturgemäß schlechte Ausführung. Wann wird endlich dieses System verschwinden? Unseren Kollegen möchten wir zurufen, doch vorsichtig zu sein und niemals auf Schutzbeden zu treten, besonders dann nicht, wenn derartig gearbeitet worden ist. Unsere gesunden Knochen gibt uns niemand zurück.

Briefkasten.

Duer, W. Der Bericht über den Unfall lief so spät ein, daß er keine Aufnahme mehr finden konnte. Warum berichtet man uns über solches nicht sofort? Gruß.

Dattela, Kr. Berichte über Gewerkschaftsfeste nehmen wir nicht auf, Du mußt Dich daher schon bescheiden. Freundl. Gruß.

Sapen, Schm. Die Aufnahme der Lobesanzeige kann wegen verspäteter Einfindung nicht mehr erfolgen. Gruß.

Bekanntmachungen.

Verwaltungsstelle Duisburg.
 Maurer, Zimmerer und Hilfsarbeiter für dauernde Arbeit gesucht. Stundenlohn 48 bzw. 58 Pfg. Zu melden auf dem Verbandsbureau Zellstr.

Achtung Statutenre!
 In Eberfeld wird am 1. September in einem großen Warenhaus mit der Ausführung der Innenarbeiten begonnen. Affordarbeiten sind zu vermeiden, da der bestehende Vertrag den Afford ausschließt. Zureisende Kollegen werden ersucht, sich sofort auf unserer Geschäftsstelle, Altbahn 12, anzumelden.
 Der Vorstand.

Achtung Arbeitslose.
 Nach G a m m, Meiß, werden sofort eine Anzahl Maurer und Bauhilfsarbeiter gesucht. Tariflohn für Maurer 54 Pfg ev. mehr. Zu melden auf dem Verbandsbureau Feidstr. 94. Um Zugang wird gebeten.

Aufforderung.
 Wer den Aufenthalt des Kollegen Johann Bodmann, Maurer (Buch-Nr. 200991), geboren 7. April 1885 zu Bodensee, Eichsfeld, kennt, wird gebeten, seine Adresse an Bergmann, Berlin, Rüdersdorfer Straße 60, mitzuteilen, damit er sein Buch in Empfang nehmen kann.

Aufforderung.
 Der Maurer Philipp Zündorf, geb. 9. März 1883 zu Wiesbaden, wird aufgefordert, seinen Verpflichtungen der Zahlstelle Krefeld gegenüber nachzukommen. Wer Auskunft über den Aufenthalt geben kann, wird gebeten, dieses dem Kollegen G. Schwarz, Krefeld, Hubertusstraße 30, mitzuteilen. Vermutlich hält Zündorf sich im Zuhlenriedgebiet auf.

Aufforderung.
 Wer die jetzige Adresse des Maurers Eduard Nügel aus Schlehenhausen, Post Heinzeln, kennt, der wird hierdurch ersucht, dieselbe dem Sekretariat der christlichen Bauarbeiter in Bochum, Biemelhauser Straße 13, mitzuteilen. Nügel hat gearbeitet und gewohnt in Hamborn i. W.

Als verloren wird gemeldet die Buch-Nr. 3302 nebst Ausweisarte, lautend auf Wilhelm Dentheil geb. zu Karthenberg von der Zahlstelle Datteln; die Buch-Nr. 11342 lautend auf Franz Köhler, geb. am 1. 9. 1885 zu Lückringen, von der Verwaltungsstelle Hannover.

Der Kollege Karl Bogelsang, gebürtig aus Siggde, wird aufgefordert, seine Adresse dem Kollegen E. Schmidt, Berlin O. 17, Rüdersdorfer Straße 60, unverzüglich mitzuteilen. Kollegen, welche Angaben über den Aufenthalt des Kollegen Bogelsang machen können, werden gebeten, dieses dem oben Genannten mitzuteilen.

Sterbetafel.

Am 10. August starb unser Mitglied Johann Sähmeyer im Alter von 50 Jahren an einem Gehirnschlag. Er war Mitglied unserer Verwaltungsstelle und ein stets eifriger und treuer Kollege.
 Zahlstelle Riffingen.
 Am 14. August starb unser treuer Kollege und Mitglied unserer Verwaltungsstelle Stefan Poffelt im Alter von 64 Jahren infolge einer Bruchoperation.
 Verwaltungsstelle Strith.
 Ehre ihrem Andenken!